

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Joachim Hagen

09.03.2019 /19.20-19.50 Uhr
10.03.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/info

Inhalt:

- Ausgemusterte Fregatte als Versuchsobjekt – Streit um Sprengversuche in der Ostsee
- Abschied von der restriktiven Rüstungsexportpolitik? Bundesregierung will Richtlinien überarbeiten
- Flugzeugträger vor allem als Statussymbol? Das Dilemma der französischen Marine

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon: Joachim Hagen. Und das sind unsere Themen:

- Ausgemusterte Fregatte als Versuchsobjekt – Streit um Sprengversuche in der Ostsee
- Abschied von der restriktiven Rüstungsexportpolitik? Die Bundesregierung will die Richtlinien überarbeiten Und:
- Flugzeugträger vor allem als Statussymbol? Das Dilemma der französischen Marine

Zu unserem ersten Thema: Es geht um Waffentests der Bundeswehr. Seit dem Moorbrand auf einem Versuchsgelände der Bundeswehr im vergangenen Herbst stehen solche Übungen unter besonderer Beobachtung. Damals waren im Emsland Raketen getestet worden, die in dem ausgetrockneten Moor Schwelbrände entzündeten. Diese Feuer konnten erst nach Wochen gelöscht werden. Jetzt plant die Bundeswehr einen Test anderer Art. Diesmal geht es um die ausgemusterte Fregatte Karlsruhe. Sie soll in der Ostsee vor der Küste Schleswig-Holsteins durch die Explosion von Seeminen beschädigt werden. So

soll überprüft werden, welche Folgen eine solche Explosion für das Schiff hat. Aber gegen diesen Waffentest regt sich Protest. Julia Weigelt berichtet.

Manuskript Julia Weigelt

Ingo Ludwichowski vom NABU Schleswig-Holstein ist sauer.

O-Ton Ludwichowski

„Wir sind, das sag ich ganz offen, sowas nicht gewohnt, dass man so mit uns umgeht, und entsprechend verärgert sind wir auch darüber.“

Verärgert ist der Umweltschützer über den Gesprächsstil des Verteidigungsministeriums. Dort wollte er mit den Verantwortlichen über die geplanten Sprengungen in der Ostsee sprechen.

O-Ton Ludwichowski

„Wir kennen den Umgang mit staatlichen Behörden, wo man doch im Allgemeinen einen sehr offenen Austausch darüber pflegt. Die Geheimnistuerei und die Ablehnung einer öffentlichen Auseinandersetzung dieser Thematik ist heutzutage nicht nachvollziehbar.“

Die Bundeswehr will an der ausgemusterten Fregatte „Karlsruhe“ bis zu 500 Kilogramm schwere Minen anbringen, um sie dann explodieren zu lassen. So soll getestet werden, welche Schäden bei Material und Besatzung entstehen würden, wenn an einem Marineschiff etwa eine Seemine explodieren würde. Das Ziel ist, Messdaten zu gewinnen, um letztlich die Sicherheit der Soldaten an Bord von Schiffen zu erhöhen. Nach Angaben der Bundeswehr werden bis zu sechs Ansprengungen mit steigender Stärke durchgeführt. Die ausgemusterte Fregatte werde nicht von anderen Schiffen oder von Flugzeugen unter Beschuss genommen, bekräftigt die Bundeswehr schriftlich auf Anfrage von NDR Info. Allerdings wird eingeräumt – Zitat:

Zitat

„Im Rahmen einer anschließenden zweiten Versuchsreihe soll das Schiff in ausgewählten Bereichen oberhalb der Wasserlinie beschossen werden. Dabei geht es ausschließlich um Waffen, die von einzelnen Personen getragen bzw. eingesetzt werden können.“

Zweimal waren die Versuche bereits verschoben worden. Im Mai vergangenen Jahres gab es technische Probleme. Und im Herbst wurden die Versuche ver-

schoben, weil sich die Bundeswehr noch mit anderen Stellen abstimmen wollte. Es hatte Kritik an den geplanten Versuchen gegeben – auch von der Landesregierung in Kiel.

Der NABU Schleswig-Holstein sieht die Tests vor Schönhagen im Kreis Rendsburg-Eckernförde kritisch. Die Umweltschützer befürchten Schäden für Tiere an Land und im Wasser. Unter anderem Uferschwalben an der Steilküste, Laichgebiete des Ostseedorsches und Schweinswale seien gefährdet.

Jens Greinert vom Kieler Forschungszentrum Geomar hat weitere Befürchtungen.

O-Ton Greinert

„Und das andere ist, dass sich bei der Explosion der Sprengstoff nicht hundertprozentig umsetzt. Das wird zwar von vielen Leuten, auch in der Marine, immer wieder bezweifelt, die sagen: Nee, wenn bei uns eine Bombe gesprengt wird, dann setzt sie sich hundertprozentig um, und da wissen wir, dass das nicht der Fall ist.“

Der Biologe befürchtet, dass Teile des krebserregenden TNTs über Fische in die Nahrungskette gelangen. Etwas, was die Marine nicht bedenke, sagt der Meeresforscher.

O-Ton Greinert

„Ich denke, diese chemische Kontamination haben die nicht auf dem Schirm, weil die davon ausgehen, dass 100 Prozent umgesetzt wird.“

Dabei interessiert sich der Wissenschaftler sehr für die Auswirkungen der Sprengungen auf die Wasserqualität.

O-Ton Greinert

„Interessant wäre, wenn man es vorher und nachher misst. Das geht ganz einfach.“

Diese Ergebnisse wären auch für den Kampfmittelräumdienst interessant, sagt Greinert. Denn in der Ostsee liegt noch tonnenweise versenkte Altmunition aus dem Zweiten Weltkrieg, mit der die Entschärfer noch lange beschäftigt sein werden.

Um Tiere wie etwa Schweinswale zu retten, empfiehlt Greinert sogenannte Vergrämungen. Dabei werden unter Wasser Geräusche abgespielt, die die Tiere nicht mögen und dazu bewegen sollen, wegzuschwimmen. Um die Druckwelle abzuschwächen hilft ein sogenannter Blasenschleier, sagt Greinert.

O-Ton Greinert

„Stellen Sie sich einen ganz großen Gartenschlauch vor, der hat aber einen Durchmesser von 300 Metern oder 400 Metern. In dem Schlauch sind ganz viele kleine Löcher. Und da pressen Sie Unmengen Druckluft rein. Dann kriegen Sie einen Zylinder aus Blasen.“

Nach Angaben der Bundeswehr sind Schutzmaßnahmen für Fische und Meeressäuger geplant. So werde ein Schutzkordon mit akustischen Signalgebern ausgebracht. Außerdem werde es vor der eigentlichen Sprengung zum Einsatz von kleinen Scheuchladungen kommen. Das Seegebiet wird während des Tests beobachtet. Es werde nicht gesprengt, solange Meeressäuger im Umkreis von zwei Seemeilen festgestellt würden, heißt es.

Wissenschaftliche Unterstützung hat die Bundeswehr beim renommierten Forschungszentrum Geomar laut Jens Greinert allerdings nicht erbeten. Dabei arbeiten die Forscher beim Thema Altlastenuntersuchung in anderen Projekten bereits mit der Marine zusammen.

Erfahrungen zum Thema Munition und Altlastenentsorgung hat auch der NABU Schleswig-Holstein. Der Umweltverband arbeitet dazu mit dem Landesinnenministerium zusammen, sagt Ingo Ludwichowski. Er hat dem Verteidigungsministerium einen Gesprächskreis vorgeschlagen, in dem sich außer dem Kieler Innen- und Umweltministerium auch das Geomar, der NABU sowie die Schweinswal-Experten der tiermedizinischen Hochschule Hannover austauschen könnten.

O-Ton Ludwichowski

„Bislang hat das Ministerium darauf aber eher schroff und ablehnend reagiert“,

sagt Ludwichowski. Er ist verärgert.

O-Ton Ludwichowski

„Die Thematik wurde weitgehend negiert, das Gesprächsangebot überhaupt nicht aufgegriffen. Das halten wir für nicht mehr zeitgemäß.“

Verwundert über die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums zeigt sich auch Staatssekretärin Anke Erdmann vom Umweltministerium Schleswig-Holstein.

O-Ton Erdmann

„Am Anfang war es so, dass wir aus der Presse von diesem Anspengversuch erfahren haben. Darauf hat sich der damalige Minister, Herr Habeck, an die Ministerin von der Leyen gewandt und gesagt, dass wir da gerne eingebunden werden wollen und auch unsere Expertise angeboten.“

Die Landespolitiker wollten sicherstellen, dass der Naturschutz beachtet wird.

O-Ton Erdmann

„Darauf ist das Verteidigungsministerium nicht eingegangen.“

Das hat sich inzwischen geändert. Nun spricht Berlin mit Kiel. Ein Ergebnis, erzeugt durch den Druck der Bevölkerung? Staatssekretärin Erdmann versucht, diplomatisch zu bleiben.

O-Ton Erdmann

„Ich kann mir vorstellen, dass das Verteidigungsministerium jetzt doch merkt, dass viele Augen hinschauen und dass es wirklich gut ist, auch eine Expertise aus der Schleswig-Holsteinischen Umweltverwaltung einzubinden.“

Aus Ministeriumskreisen hört man noch eine weitere Erklärung für den Sinneswandel: Die Gesprächsbereitschaft des Bendlerblocks sei vor allem nach dem verheerenden Moorbrand bei Meppen vom September sprunghaft angestiegen. Durch einen Waffentest ausgelöst, hatte das Feuer wochenlang Anwohner und eine ganze Region in Atem gehalten. Auch damals wurde die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums scharf kritisiert.

Dass die Tests für die Bundeswehr grundsätzlich wichtig sind, davon ist Johannes Peters vom Institut für Sicherheitspolitik der Uni Kiel überzeugt. Computersimulationen allein reichten nicht aus. Gleichzeitig steige für die Marine

die Bedrohung durch Seeminen. Diese seien vergleichsweise günstig und einfach auszubringen, sagt Peters.

O-Ton Peters

„Ein gutes Beispiel dafür ist das Vorgehen der Huthi-Rebellen im Golf von Aden, die in den letzten Jahren sehr gezielt einfache Seeminen verbracht haben, um das Küstenvorfeld zu verminen. Insofern ist das ein Szenario, das eher wahrscheinlicher als unwahrscheinlicher wird.“

Auch den Ort für die Probesprengungen in der Ostsee vor Schönhagen, vergleichsweise nahe an der Küste, hält Peters für richtig. Denn dort hat die Wehrtechnische Dienststelle 71 der Bundeswehr die notwendigen Messinstrumente.

O-Ton Peters

„Die Besonderheit ist dort, dass am Meeresgrund jede Menge Sensorik verlegt und verbaut ist, und diese Infrastruktur kann man eben nicht überall einfach auf- und abbauen und das macht dieses Testgebiet für die Zwecke ideal.“

In Sachen Kommunikation hat der Sicherheitsexperte noch einen Tipp für das Verteidigungsministerium:

O-Ton Peters

„Man kann natürlich überlegen, ob es in Zukunft nicht glücklicher wäre, wenn man von vornherein diese ganzen Akteure, die sich da jetzt in diversen Foren zu Wort gemeldet haben, abholt, und sagt: Das und das haben wir vor, das werden wir machen, das sind die Ideen, wie wir die Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich halten wollen, bevor man in den Medien vor sich hergetrieben wird.“

Einen Rat, den man im Verteidigungsministerium offenbar nicht gerne hört. Im Gegenteil: Eine Interviewanfrage von NDR Info lehnte ein Sprecher ab.

* * *

Hagen

Julia Weigelt über Waffentests in der Ostsee. Wann diese Tests jetzt wirklich durchgeführt werden sollen, das steht bislang übrigens noch nicht fest.

Deutsche Rüstungsgüter dürfen weiterhin nicht nach Saudi-Arabien geliefert werden. Das gilt auch für die beiden fertigen Patrouillenboote auf der

Peenewerft in Wolgast. Die Bundesregierung hatte diesen Exportstopp nach dem Mord an dem regimekritischen saudi-arabischen Journalisten Jamal Kashoshoggi verhängt und erst vor wenigen Tagen verlängert. Aber die Haltung der Bundesregierung ist nicht so einmütig wie es scheint. Denn vor allem Frankreich und Großbritannien würden gern ihre gemeinsam mit Deutschland entwickelten Waffen weiterhin an Saudi-Arabien verkaufen. Andreas Flocken mit einer Analyse.

Manuskript Andreas Flocken

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im vergangenen Monat zeigte sich Bundeskanzlerin Merkel erstaunlich selbstkritisch. Nach ihrem flammenden Plädoyer für den Multilateralismus wurde Merkel von einem Teilnehmer gefragt, was sie – auch mit Blick auf ihre lange Zeit als Regierungschefin – in Deutschland in der Politik nicht so gut findet. Die Antwort der Kanzlerin:

O-Ton Merkel

„Wir brauchen oft sehr, sehr lange, ehe wir uns, gerade beim außenpolitischen Engagement für irgendetwas entscheiden. Und das gibt immer viele viele innere Kämpfe - und andere sind schon längst dabei. Das ist manchmal schon hinderlich.“

Angela Merkel meinte damit die deutsche Rüstungsexportpolitik. Offiziell verfolgt die Bundesregierung einen restriktiven Kurs. Und glaubt man der Kanzlerin, hat sich Deutschland hier inzwischen allerdings in eine Sackgasse manövriert.

O-Ton Merkel

„Im Blick auf das, was mir im Augenblick sehr große Sorgen macht, ist auch die Frage unserer Rüstungsexportpolitik - ich sag das ganz offen. Wir haben aus unserer Geschichte gute Gründe, sehr strenge Rüstungsexportrichtlinien zu haben. Aber wir haben genauso gute Gründe, in der Verteidigungsgemeinschaft auch gemeinsam aufzutreten, gerade wenn wir eine europäische Einigkeit haben wollen, gemeinsame Kampfflugzeuge, gemeinsame Panzer entwickeln wollen. Dann wird es nicht anders gehen, als dass wir uns auch auf gemeinsame Rüstungsexportrichtlinien schrittweise hinbewegen. Und da ist Deutschland, vielleicht aus der Sicht vieler, oft ein zu langsamer Partner.“

Und die Kanzlerin hat offenbar den Ehrgeiz, das in ihrer letzten Amtsperiode noch zu ändern.

Richtschnur für die Genehmigungsentscheidungen im geheim tagenden Bundessicherheitsrat sind die im Jahr 2000 verabschiedeten Politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern. Ein wichtiges Kriterium ist danach u.a. die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland. Der Verkauf von Waffensystemen an NATO- und EU-Partner und ihnen gleichgestellten Ländern wie Australien gilt als unbedenklich. Immer wieder problematisch ist jedoch der Rüstungs-Export in sogenannte Dritt-Staaten und Länder in Spannungs- und Krisengebieten.

Andere EU-Staaten nehmen es bei ihren Exporten hier nicht so genau. Während die Bundesregierung nach der Ermordung des Regimekritikers Jamal Khashoggi die Genehmigung von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien ausgesetzt hat, liefern Frankreich und Großbritannien weiterhin Waffensysteme und Ersatzteile an das Königreich. Dabei haben die Europäer doch den Anspruch formuliert, in der Außenpolitik mit einer Stimme zu sprechen.

Bei der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz hatte bereits Verteidigungsministerin von der Leyen darauf hingewiesen, dass deutsche Maximalpositionen in Europa nicht mehrheitsfähig seien. Die CDU-Politikerin stellte dann auch gleich die gegenwärtige restriktive Rüstungsexportpolitik in Frage:

O-Ton von der Leyen

„Unsere Außenwirtschaftspolitik sollte eine europäisch abgestimmte sein. Nur dann ist sie stimmig. Auch müssen wir dringend Klarheit beim Rüstungsexport schaffen. Wir Deutschen sollten nicht so tun, als seien wir moralischer als Frankreich, oder menschenrechtspolitisch weitsichtiger als Großbritannien. Wir müssen die politische Kraft aufbringen für eine verlässliche, gemeinsame Linie, die unsere Sicherheitsinteressen und unsere humanistischen und humanitären Prinzipien zusammenführt. Das geht.“

Die gegenwärtige deutsche Haltung ist für die Regierungen in Paris und London schon seit längerem ein Hindernis bei der Rüstungskooperation. Diese aber wird auch von der Bundesregierung angestrebt. Nicht zuletzt aufgrund der Skepsis gegenüber den USA unter Trump wollen die Europäer die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich vertiefen und die eigenen militärischen Fähigkeiten stärken. Die Anstrengungen sollen gebündelt und damit effizienter werden. Um die Kosten für die Waffensysteme zu reduzieren, setzen viele EU-

Länder auf die gemeinsame Entwicklung und Produktion teurer Waffensysteme und zusätzlich auf den Export von Rüstungsgütern – auch in umstrittene Drittländer.

Allerdings kommt es aufgrund der restriktiven Rüstungsexportpolitik in Deutschland immer wieder zu Konflikten. Der Streit belastet insbesondere die deutsch-französischen Beziehungen. Dabei haben sich gerade Berlin und Paris zum Ziel gesetzt, auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein neues Kapitel aufzuschlagen. Doch das ehrgeizige Vorhaben könnte am Streit über die Rüstungsexporte scheitern. Zu unterschiedlich sind bisher die Vorstellungen. Für Bundeskanzlerin Merkel steht Deutschland daher vor einer Riesenaufgabe – nicht Frankreich:

O-Ton Merkel

„Wir wollen jetzt gemeinsame Waffensysteme entwickeln, und im Zusammenhang mit dem Aachener Vertrag, den wir jetzt mit Frankreich unterzeichnet haben, hat das Thema der Rüstungsexporte natürlich eine Rolle gespielt. Wenn wir in Europa nämlich keine gemeinsame Kultur der Rüstungsexporte haben, dann ist die Entwicklung von gemeinsamen Waffensystemen natürlich auch gefährdet. Das heißt, man kann nicht von einer europäischen Armee und von einer gemeinsamen Rüstungspolitik oder Rüstungsentwicklung sprechen, wenn man nicht gleichzeitig auch bereit ist, eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik zu machen. Da haben wir in Deutschland noch viele komplizierte Diskussionen vor uns; das ist, glaube ich, kein Geheimnis, das ich Ihnen hier gerade verrate.“

Deutschland und Frankreich wollen zum Beispiel ein gemeinsames Kampfflugzeug und einen gemeinsamen Kampfpanzer entwickeln. Außerdem ist eine europäische Großdrohne geplant. Für Frankreich ist es eine Selbstverständlichkeit, diese Waffen später auch zu exportieren, auch in Länder, die weder der NATO noch der EU angehören. Falls sich Deutschland aufgrund seiner restriktiven Rüstungsexportpolitik dagegen sperrt, drohen diese Vorhaben zu platzen.

Beide Seiten arbeiten daher an einer Lösung der Rüstungsexportfrage. Im vergangenen Monat wurde eine Zusatzvereinbarung zum Anfang des Jahres in Aachen geschlossenen neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag bekannt. Aus Sicht der Bundesregierung handelt es sich lediglich um den Vorläufer für eine spätere förmliche Vereinbarung. Doch dafür ist dieses noch nicht

offizielle Papier in einem Punkt sehr konkret. So heißt es dort u.a. mit Blick auf gemeinsam hergestellte Rüstungsgüter:

Zitat

„Die Vertragsparteien werden dem Export oder der Weitergabe von Rüstungsgütern, die im Rahmen von Kooperationsprojekten entwickelt worden sind, nicht widersprechen, außer, wenn ihre direkten Interessen oder die nationale Sicherheit gefährdet sind.“

Die Schwelle, die Ausfuhr von gemeinsamen hergestellten Waffensystemen zu blockieren, ist damit hoch. Streitfragen sollen in einer noch zu schaffenden gemeinsamen Kommission geklärt werden.

Es zeichnet sich also eine Kehrtwende in der bisher offiziell restriktiven Rüstungsexportpolitik ab. Offen ist allerdings, ob auch die SPD hier mitziehen wird. Die Sozialdemokraten haben sich in der laufenden Legislaturperiode regelmäßig für mehr Zurückhaltung bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern ausgesprochen.

Außenminister Maas musste sich allerdings im vergangenen Monat heftige Kritik von seinem britischen Kollegen gefallen lassen. Jeremy Hunt beschwerte sich in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, der deutsche Exportstopp für Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien behindere britische Ausfuhren in das Königreich. Der Hintergrund: London hat gemeinsam mit anderen europäischen Ländern hergestellte Tornado- und Eurofighter-Kampfflugzeuge an die Saudis verkauft. Geplant ist zudem ein neues milliardenschweres Eurofighter-Exportgeschäft mit Riad. Der britische Außenminister Hunt kritisierte: Der Exportstopp untergrabe das Vertrauen in Deutschland beim Aufbau einer europäischen Verteidigungsindustrie. Der Druck auf Deutschland, die Rüstungsexportrichtlinien zu lockern, wächst also.

Im Koalitionsvertrag haben SPD und Unionsparteien vereinbart, keine Rüstungsausfuhren an Länder zu genehmigen, die unmittelbar am Jemenkrieg beteiligt sind. Außerdem heißt es dort:

Zitat

„Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten[...]. Wir wollen diese restriktive Exportpolitik mit Blick auf den Jemen auch mit unseren Partnern im Bereich der europäischen Gemeinschaftsprojekte verabreden. Auf dieser Basis streben wir ebenfalls eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik an und wollen den gemeinsamen Standpunkt der EU fortentwickeln.“

Zu der vereinbarten Anpassung der Rüstungsexportrichtlinien ist es im vergangenen Jahr nicht gekommen. Sie wird nun bis zum Sommer erwartet. Airbus-Chef Tom Enders warnte schon mal, dass der Konzern den Weg von „German-free-products“ gehen müsse, falls die Bundesregierung den verhängten Exportstopp gegen Saudi-Arabien nicht aufhebe oder sich auf gemeinsame Standards mit seinen EU-Partnern einlasse. Auch Vertreter der Unionsparteien dringen auf eine Überarbeitung der Ausfuhrregeln. Der Druck auf die SPD wächst, das Ziel einer restriktiven Rüstungsexportpolitik auf dem Altar einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik und der europäischen Rüstungskoooperation zu opfern. Deutschland steht also vor einer Kehrwende in der Rüstungsexportpolitik.

* * *

Hagen

Eine Analyse von Andreas Flocken.

Flugzeugträger sind teuer und verwundbar. So das Urteil vieler Militärexperten. Vor allem die Entwicklung immer schnellerer Raketen lässt am Sinn dieser Trägersysteme zweifeln. Trotzdem gelten Flugzeugträger immer noch als Symbol nationaler Macht - auch in Frankreich. Dort wird gerade darüber diskutiert, was passieren soll, wenn der einzige Flugzeugträger des Landes wegen Altersschwäche verschrottet werden muss. Björn Müller berichtet.

Manuskript Björn Müller

Der Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ wurde 2001 in Dienst gestellt. Ende der 2030er Jahre erreicht der Träger das Ende seiner Nutzungsdauer. Den Beginn der Planungen für einen Nachfolger hat die französische Verteidigungs-

nisterin Florence Parly im vergangenen Oktober auf der Rüstungsmesse „Euro Naval“ offiziell bekanntgegeben:

O-Ton Parly (overvoice)

„Ab heute starten wir unser Programm zur Nachfolge der „Charles de Gaulle“. Jetzt fängt die Phase 1 an – die Entwurfsphase. Hier werden wir klären, was wir genau wollen und wie die Anforderungen an unseren neuen künftigen Flugzeugträger aussehen sollen.“

Die Entwurfsphase für den neuen Träger soll 2020 abgeschlossen werden. Der Nachfolger soll wie die „Charles de Gaulle“ auf eine Nutzungsdauer von 40 Jahren ausgelegt sein. Eine zentrale Frage der Studie ist die Integration von Drohnen auf dem künftigen Flugzeugträger und das dafür notwendige automatische Landesystem, so ein Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums gegenüber NDR Info.

Bei ihren Flugzeugträger-Planungen stehen die Franzosen vor diversen Herausforderungen. Ihr Hauptdilemma: Mit nur einem Träger wird die Durchhaltefähigkeit bestimmter Militäroperationen zeitlich begrenzt. Denn komplexe Waffensysteme müssen regelmäßig gewartet werden und stehen für diese Zeit den Militärs nicht zur Verfügung. So lag die „Charles de Gaulle“ bis vor kurzem ein- einhalb Jahre in der Werft - unter anderem, weil die Brennstäbe des Nuklearantriebs alle sieben Jahre erneuert werden müssen. Durch die intensive Nutzung ohne Entlastung durch einen zweiten Träger kann die „Charles de Gaulle“ nur 60 Prozent ihrer möglichen Einsatzzeit erreichen. In der Marine gibt es daher auch die Redewendung: „Ein Schiff ist kein Schiff“. Ist der Flugzeugträger für Frankreich somit vor allem ein Macht- und Statussymbol mit einem sehr begrenzten militärischen Wert? Das bestreitet der Marine-Experte Jeremy Stöhs vom Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel:

O-Ton Stöhs

„Für Frankreich ist der Flugzeugträger essenziell. Insbesondere zur Machtprojektion. Hier kann er abschrecken, aber auch in Konflikte eingreifen. Er ist also durch kein anderes maritimes Mittel zu ersetzen. Man versucht das mit Marschflugkörpern. Aber das ist eine eindimensionale Waffe, während der Flugzeugträger auch zur Luftraumüberwachung eingesetzt werden kann.“

Nach Ansicht von Jeremy Stöhs ist ein Flugzeugträger für Frankreich mit seinen Übersee-Gebieten bis in den Indo-Pazifik militärisch wertvoll - selbst bei eingeschränkter Verfügbarkeit. Die Regierung in Paris hat dadurch selbst für entfernte Regionen ein militärisches Instrument, mit dem sie bei Konflikten in vielfältiger Weise agieren kann. Die Optionen reichen vom Aufbau einer Drohkulisse über Luftraumüberwachung bis hin zu Luftschlägen. Zudem gilt: Ein Flugzeugträger lässt sich in internationalen Gewässern rasch dorthin verlegen, wo Frankreich militärisch präsent sein möchte. Bei Operationen von Landbasen im Ausland dagegen drohen Verzögerungen oder Blockaden durch das Gastgeberland.

Diesen Vorteil eines Flugzeugträgers betonte auch Frankreichs Marine-Chef Admiral Christophe Prazuck bei einer Anhörung durch den Verteidigungsausschuss des französischen Parlaments 2017. Als Beispiel nannte Prazuck die Zahl der Luftschläge gegen die Terrororganisation Islamischer Staat in den vergangenen Jahren, nach der Entsendung der „Charles de Gaulle“ in das Mittelmeer. Stünde der Träger nicht zur Verfügung, wäre der Einsatz von Fregatten mit Marschflugkörpern ein Notbehelf, so der Admiral. Mit diesen ließen sich aber keine drei Monate intensiver Angriffe durchhalten, wie mit den Flugzeugen eines Trägers.

Deswegen hält der französische Marine-Oberbefehlshaber mindestens einen neuen Flugzeugträger für notwendig, dessen Kosten Prazuck auf 4,5 Milliarden Euro schätzt – ohne die notwendigen rund 40 Flugzeuge. Besser wäre aus seiner Sicht aber noch ein zweiter Träger. Dahinter steckt die Vorstellung, dass bei einer französischen Marine mit insgesamt zwei Flugzeugträgern die Schiffe zeitlich versetzt ersetzt werden könnten. Auf diese Weise wäre jeweils ein Flugzeugträger immer auf dem technologisch neuesten Stand. Das hieße: alle 20 Jahre wird ein Träger mit 40 Jahren Lebensdauer gebaut.

Ein Verzicht auf die teure Flugzeugträger-Waffe ist für Frankreich keine Option, teilte das französische Verteidigungsministerium auf Anfrage von NDR Info mit. Auch in der französischen Öffentlichkeit wird eine solche Forderung nicht erhoben. Bei der laufenden Studie geht es nur um die Frage, ob Frankreich in Zu-

kunft auf ein oder auf zwei Träger setzt. Diese Politik hat allerdings ihren Preis, sagt der Kieler Marine-Experte Jeremy Stöhs:

O-Ton Stöhs

„Die Budgets sind natürlich auch begrenzt. Ein Träger kostet sehr viel Geld. Auch das Personal für diese Träger muss bezahlt werden. Man wird höchstwahrscheinlich in Kauf nehmen - wie das auch bei anderen Marinen der Fall ist, insbesondere bei der britischen Marine - weniger Geld für andere Einheiten auszugeben. Das heißt kleinere Begleitflotten. Weniger Fregatten, weniger andere Einheiten. Das ist, was man in Kauf nehmen muss, wenn man einen Flugzeugträger beschaffen will.“

Einen zweiten Träger könnte sich Frankreich allein aus finanziellen Gründen wohl kaum leisten. Als Folge stünden noch weniger andere Schiffseinheiten für die Marine zu Verfügung. Für einen zweiten Flugzeugträger wären zudem massive Neurekrutierungen notwendig. Es müssten mehr Marinesoldaten und Piloten angeworben werden. Die „Charles de Gaulle“ hat eine Minimalbesatzung von 1.100 Männern und Frauen. Selbst ein Nachfolge-Träger mit einem höheren Automatisierungsgrad würde noch hunderte von Besatzungsmitgliedern benötigen. Für Admiral Prazuck ist generell die Rekrutierung weiterer Soldaten eine der größten Herausforderungen für Frankreichs Marine. Einen Großteil der Kosten eines neuen Trägers würden die Kampffjets verursachen. Hier sieht der ehemalige Inspekteur der Deutschen Marine, Vizeadmiral a. D. Lutz Feldt, die Chance für eine deutsch-französische Flugzeugträgerkooperation.

O-Ton Feldt

„Die Idee, dass eine deutsche fliegende Komponente, oder mehrere, auch einem solchen französischen Träger zur Verfügung stehen, das wäre ein sehr gutes und zielführendes europäisches gemeinsames Projekt, das - sowohl technisch als auch von der Ausbildung her, als auch von den Einsatzkriterien her - Europa in einer wichtigen Fähigkeit sehr zusammenbringen würde. Und das würde natürlich auch insgesamt die Kosten auf eine andere Art und Weise verteilen. Die würde auch zum Teil auf uns zukommen. Aber dann eben nicht was den Träger anbelangt, sondern was die fliegende Komponente anbelangt.“

In der Tat wäre das Zeitfenster dafür günstig. So erklärt das neue Fähigkeitsprofil der Bundeswehr von 2018 die „Wiedergewinnung der Fähigkeit zur Seekriegsführung aus der Luft“ zu einer Priorität. Die Deutsche Marine hat ihre auf Seeluftkriegsführung spezialisierten Tornado-Verbände vor mehr als einem

Jahrzehnt aufgegeben. Zudem hat Deutschland mit Frankreich vereinbart, einen neuen High-Tech-Kampfjet zu entwickeln – das Future Combat Air System, kurz FCAS. So wie die „Charles de Gaulle“ für den französischen Kampfjet „Rafale“ ausgelegt ist, werde der kommende Flugzeugträger auf das kommende fliegende Waffensystem FCAS ausgelegt, so das französische Verteidigungsministerium gegenüber NDR Info. Im Rahmen seiner im Herbst 2018 begonnenen Flugzeugträger-Studie sucht Frankreichs Wehressort auch nach europäischen Kooperationsmöglichkeiten für das FCAS als Trägerflugzeug. Wie diese aber konkret aussehen kann, dazu macht das Ministerium keine Angaben. Allerdings geht der Blick der Franzosen bei dem Versuch, weitere Partner für die Zusammenarbeit zu gewinnen, noch viel weiter, glaubt Jeremy Stöhs, Marine-Experte vom Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel:

O-Ton Stöhs

„Auf der anderen Seite ist es natürlich ein Leuchtturmprojekt für die Franzosen, ein Technologieträger, der die französische Wirtschaft stärken soll. Das heißt, man wird vielleicht auch in den asiatisch-pazifischen Raum für Kooperationsmöglichkeiten blicken.“

Im Indo-Pazifik ist gerade Indien dabei, eine moderne Flugzeugträgerflotte aufzubauen - als Gegengewicht zur chinesischen Flugzeugträger-Rüstung. Exporterfolge der eigenen Trägertechnologie könnten Frankreichs finanzielle Belastungen beim Bau eigener Träger reduzieren. Auch wenn der Verkauf von Flugzeugträger-Technologien wie beispielsweise ein automatisches Landesystem für Drohnen noch Zukunftsmusik ist: Sicher ist, dass Frankreich an mindestens einem modernen Flugzeugträger festhalten will. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens sind jedoch zahlreiche Hürden zu überwinden.

* * *

Hagen

Mit diesem Bericht von Björn Müller über den Nachfolger der Charles de Gaulle geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu ende. Sie können sich diese Sendung wie immer auch als Podcast herunterladen, unter ndr.de/streitkraefte. Unter dieser Adresse finden Sie auch das Manuskript der Sendung. Am Mikrophon war Joachim Hagen.